

Am Abgrund

Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie hindurchging, der Wind – Wuppertal hat den Wohlstandsspeck längst abgeschmolzen und spart sich nun zu Tode

Die Städte bluten aus. Immer mehr Kommunen stehen vor dem Bankrott und legen in ihrer Not radikale, ja zuweilen selbstzerstörerische Sparprogramme auf. Was bedeutet das für die Identität dieser Städte? Was sind sie noch, wenn man Kultur und Kunst einspart und die sozialen Leistungen immer weiter runterfährt? Und was bedeutet eine solche kommunale Krise für die Demokratie? Schließlich erleben die Bürger den Staat vor allem vor der eigenen Haustür, in ihrer Stadt. Zum Auftakt einer dreiteiligen Winterreise sind wir nach Wuppertal gefahren, in die erste Großstadt, die drauf und dran ist, ihr Schauspielhaus zu schließen.

Ein schneidend kalter Wind weht durch die Stadt, ein Wind, der alles zu lähmen scheint – nein, es geht hier nicht um den strengen Winter 2010. Der hat natürlich auch Wuppertal im Griff. Das Streusalz ist ausgegangen, und wenn man aus dem Hauptbahnhof kommt, könnte man glauben, in Russland zu sein, man wird begrüßt von Beton, Schnee, ein paar Alkis und grauem Verfall. Es geht um eine andere, gefährlichere Kälte, die durch die Stadt weht, eine Kälte, die sich verkleidet in Begriffen wie Haushaltskonsolidierungskonzept oder Vergleichlichkeitsfalle. Sollte tatsächlich kommen, was momentan prognostiziert wird, dann dürfte Brechts Satz in Wuppertal auf gruselerregende Art und Weise wahr werden: „Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie hindurchging, der Wind!“ Oder wie es am Bratwurstand neben dem Bahnhof eine Frau in fast schon Berlinerischer Laune sagt: „Pina Bausch ist tot, die Schwebebahn fährt nicht mehr und jetzt hamme auch noch einen Pleitegeier ans Rathaus gehängt – na gib' mir mal noch'n Jägermeister.“

In einem Lied des lokalen Rappers Meelmann heißt es: „In Wuppertal hält es heute keiner mehr aus.“ Auf YouTube kann man zu dem trüg melancholischen Sprechgesang Bilder urbaner Depressionen sehen, ein Kinderwagen in der Wupper, Graffiti, ausgebrannte Industriemühen, es sieht aus, als liege die Bronx im Bergischen Land. „Wuppertal verzehnt mir, aber ich kann nicht mehr lange blei-

Sollen die Städte weiterkürzen? Oder ist das vorausseilender Sparghormon und Selbstmord?

ben“, singt der junge Meelmann. 417 000 Einwohner hatte die Stadt 1971. Heute sind es 350 000. Tendenz fallend. Es gibt immer noch wunderschöne Altbauviertel an den Hängen, aber die Abfall- und Wassergebühren sind höher als anderswo, die Arbeitslosenzahlen steigen und während das schuldenfreie Düsseldorf die Kindergartengebühren erlässt, hebt Wuppertal in seiner Finanznot die Gebühren an. In der Kindergarteninitiative, in der Christian von Treskow seine Kinder hat, überlegen einige, ob sie in einen Düsseldorfer Kindergarten wechseln sollen.

Treskow wurde im vergangenen Sommer nach Wuppertal geholt, als Intendant des Sprechtheaters. Man versprach ihm damals eine neue Spielstätte mit 126 Plätzen. Kurz nach seiner Amtseinführung erfuhr er aus der Zeitung, dass sein Theater geschlossen werden soll. „Das war unglücklich“, sagt von Treskow in seiner vornehmen Art. Sein Kollege und Schicksalsgenosse, der Operntendant Johannes Weigand, lacht in das gemeinsame Büro hinein. „Unglücklich, ja, so kann man sagen.“

Der Stadtkämmerer Johannes Slawig und der Oberbürgermeister Peter Jung



„Pina Bausch ist tot, Schwebebahn fährt nicht mehr, na gib mir mal noch'n Jägermeister“. Der Eingang zum Hauptbahnhof

Foto: Regina Schmeken

veröffentlichten damals ein Sparkonzept, das heute in der Stadt nur unter den Begriffen Tränen- oder Horrorliste firmiert: Die Stadt hat 1,8 Milliarden Euro Schulden, bis 2014 will sie 216 Millionen Euro einsparen: Zwei Stadtbibliotheken, drei Frei- und zwei Hallenbäder werden geschlossen, Obdachlosenhilfe, Jugendarbeit und Drogenpräventionspolitik werden quasi abgeschafft, die freie Kulturszene verliert einen Großteil der Zuschüsse und das Schauspielhaus muss 2012 zumachen.

Das Motto, das diesem Sparpaket vorgestellt wurde, klingt für viele Wuppertaler nach Orwellichem Neusprech: „Sparen um zu gestalten.“ Wie kann man denn mit dem Baseballschläger gestalten, fragen sie, alles werde kurz und klein gehauen und die Stadt auf Raten zu Grab getragen. Slawig hingegen sagt, dass nur mit einem solchen Paket überhaupt noch ein Rest an politischer Handlungsfähigkeit bleibe: Wuppertal droht entmündigt zu werden, ohne Haushaltskonsolidierungskonzept wird das Land Nordrhein-Westfalen das Kommando übernehmen. Slawig wirkt nicht wie ein Totengräber, sondern wie ein distinguiertes Herr mit Anflügen von milder Arroganz, er trägt Fliege und grauen Anzug, sagt, ihm bleibe in der Situation nichts übrig als weiterzusparen. Und kulturelle Leistungen seien nun mal freiwillige Zuwendungen. Sprich: Da kann man kürzen. „Ich bin verliebt in meine zahnbrückelnde Stadt, wo brüchige Treppen so hoch aufsteigen, unvermittelt in süße Gärten“, schrieb Else Lasker-Schüler 1910. Ihr Stück „Die Wupper“ kann im Stadttheater lange schon nicht mehr auf-

geführt werden. Es erfordert 19 Schauspieler, es gibt aber nur noch deren 14. Die Stadt hat längst alles weggeschmolzen, was es einst an Wohlstandsfett gegeben haben mag: Der Opernchor wurde um die Hälfte auf 25 Mitglieder geschrumpft, die Schauspielerzahl vor Jahren schon reduziert, man teilt sich ein Haus und macht einen gemeinsamen Spielplan. Weshalb die Kürzung des Bühnenetats um zwei Millionen Euro das Ende des Theaters bedeuten würde. Der Düsseldorfer Regierungssprecher Jürgen Bissow schickte postwendend Glückwünsche für den „Mut der Stadt, das

Theater zu schließen“. Büsow und andere Landespolitiker tun immer wieder so, als säßen die Städte noch immer bräsig im bundesrepublikanischen Wohlstandsdunst rum und wüsten nicht, was die Stunde geschlagen hat, dabei gibt es keine Idee, die von den verzweifelten Stadträten und Kämmerern der Republik in Zeiten wegbrechender Gewerbesteuern auf der einen und explodierender Sozialkosten auf der anderen Seite nicht diskutiert würde: Reduzierung von Spielplatzflächen, Hundesteuer, Prostitutionssteuer, Kultursteuer, alles wurde schon überlegt, aber all das bringt am Ende doch

nur Peanuts. Die zwei Millionen Euro, die den Tod des Schauspielhauses bedeuten, machen 0,8 Prozent der Neuverschuldung aus. Von den 216 Millionen, die eingespart werden sollen, könnte man nicht mal die Zinsen zahlen, die für die 1,8 Milliarden Euro aufzubringen sind. „Das Sparkonzept nützt gar nichts, nicht mal im Moment“, sagt von Treskow. „Es zerstört nur viel, und das auf lange Zeit.“ Das stimmt: Was weg ist, kommt nicht wieder, man kann ein einmal geschlossenes Stadttheater nicht nach zwei Jahren wieder aus dem Hut zaubern.

Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski und Hammers Oldbrot Thomas Hunsteger-Petermann fordern hoch verschuldeten Kommunen deshalb offen zu passivem Widerstand auf: Da es nichts bringe, die Gebühren immer wieder zu erhöhen und die sozialen Leistungen noch weiter einzukürzen, sollten sich die Städte solchen Forderungen ab sofort widersetzen. In Wuppertal hört man denselben Vorschlag auch immer wieder. Von Treskow sagt, statt selbst ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, das alles plattmacht, solle die Stadt es auf den Nothaushalt ankommen lassen. Dann müsste die Düsseldorfer Bezirksregierung selber den Totengräber spielen, statt wie bisher nur den Wuppertalern zu sagen, wo die ihre Gräber ausheben sollen. Das momentane Verhalten sei doch „vorausseilender Sparghormon“.

Slawig sagt, solch ein Verhalten wäre kommunalpolitischer Selbstmord. Erst müsse man dem Land und dem Bund zeigen, dass man selbst zu radikalen Schritten bereit sei. Sprich: Auch das letzte Tafelsilber muss raus. Dann aber müsse



Noch teilen sie sich ein Haus: Der Intendant des Schauspielhauses, Christian von Treskow (rechts), und der Intendant der Oper, Johannes Weigand.

Foto: Regina Schmeken

man von Bund und Ländern Hilfe fordern: Slawig möchte einen Entschuldungsfonds, eine Art Bad Bank für Kommunen. Und er möchte, dass man über eine Aussetzung des Solidarpakts für Ostdeutschland diskutiert. „Die Beträge, die Wuppertal in den Osten überweist, werden rein über Schulden finanziert. Es geht uns heute schlechter als manchen ostdeutschen Städten.“

Das stimmt, in einigen Straßenzügen von Wuppertal könnte man heute Siebziger-Jahre-Tatort drehen, ohne dass man irgend etwas verändern müsste, selbst die ausgewaschenen Farben der gelben Bundesstraßenschilder und die staubblinden Fenster mancher Häuser sehen vierzig Jahre alt aus. Aber der Mehltau, der so lange über der Stadt gelegen zu haben schien, ist momentan einer Art Verzweiflungseuphorie gewichen: Der Protest am Stadttheater zaubert allen noch zwei Wochen danach ein Leuchten in die Augen. 24 Stunden lang wurde Theater und Musik gemacht, die ganze Stadt war auf den Beinen, von Treskow und Weigand öffneten die Bühne für alle Kulturschaffenden, deutschlandweit wurde über die Aktion berichtet. Nur der

Wir haben doch längst eine Zweiklassengesellschaft unter den deutschen Städten

Oberbürgermeister und sein Kämmerer sind nicht erschienen. Johannes Slawig, angesprochen auf den Protest, zuckt stumm die Achseln, als wolle er sagen, Kinderkram. Sein Entschluss steht fest, er will die Scheibung.

Das Unheimliche ist, dass von Treskow und Slawig, die ja qua Position Gegner sind, oft dieselben Sätze sagen. Beide stellen den Solidarpakt in Frage; beide fordern einen Entschuldungsfonds; beide sagen, dass die Städte kaputtgespart werden. „Wir haben längst eine Zweiklassengesellschaft unter den Städten“, sagt Slawig. Wer hat, dem wird gegeben, wer aber nichts hat, dem wird genommen, und zwar alles. Als die Stadt im vergangenen Jahr einige runtergewohnte Viertel sanieren und dafür 200 000 Euro einsetzen wollte, wurde das von der Landesregierung verboten: Die klammern Kommunen dürfen nur noch für Bestandsicherung und Instandhaltung, nicht aber für Investitionen Gelder ausgeben. Dadurch aber gingen Wuppertal zwei Millionen verloren, die Bund und Länder zur Verfügung stellen wollten.

Jetzt muss Slawig die marode Stadt weiter kaputtsparen. Der Kämmerer sieht selber die Gefahr, die darin liegt: „Unser Bedeutungsverlust, die Tatsache, dass wir Lokalpolitiker nichts mehr selbst gestalten können, führt zu einem dramatischen Imageverlust des demokratischen Systems. Die Leute wollen sich ja einbringen in ihren Kommunen, kriegen aber permanent nur gesagt: Geht nicht.“

Direkt danach sagt er dann einen dieser Sätze, die zeigen, wie weit entfernt von Treskow und er doch liegen. Bei den Einsparungen in der Kultur, so Slawig, müsse man „endlich verstärkt Gas geben“. Wenn er das tut, wird Wuppertal noch weiter zurückfallen im Wettbewerb, wie so etwas in der ökonomischen Logik heißt, zumindest kulturell könnte man der Stadt dann den Namen geben, den die Kommunisten 1929 vorschlugen, damals, als Barmen und Elberfeld zusammengelegt wurden: Hungerstadt.

Am 27. März, dem Welttheatertag, kommen aus ganz Deutschland Theaterkompagnien nach Wuppertal, um zur Rettung des Schauspiels beizutragen. Kurz darauf muss dann der Stadtrat über Slawigs Pläne befinden. ALEX RÜHLE

Am Abg

Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie hindurchging, der Wind – Wuppertal

Die Städte bluten aus. Immer mehr Kommunen stehen vor dem Bankrott und legen in ihrer Not radikale, ja zuweilen selbstzerstörerische Sparprogramme auf. Was bedeutet das für die Identität dieser Städte? Was sind sie noch, wenn man Kultur und Kunst einspart und die sozialen Leistungen immer weiter runterfährt? Und was bedeutet eine solche kommunale Krise für die Demokratie? Schließlich erleben die Bürger den Staat vor allem vor der eigenen Haustür, in ihrer Stadt. Zum Auftakt einer dreiteiligen Winterreise sind wir nach Wuppertal gefahren, in die erste Großstadt, die drauf und dran ist, ihr Schauspielhaus zu schließen.

Ein schneidend kalter Wind weht durch die Stadt, ein Wind, der alles zu lähmen scheint – nein, es geht hier nicht um den strengen Winter 2010. Der hat natürlich auch Wuppertal im Griff. Das Streusalz ist ausgegangen, und wenn man aus dem Hauptbahnhof kommt, könnte man glauben, in Russland zu sein, man wird begrüßt von Beton, Schnee, ein paar Alkis und grauem Verfall. Es geht um eine andere, gefährlichere Kälte, die durch die Stadt weht, eine Kälte, die sich verkleidet in Begriffen wie Haushaltssicherungskonzept oder Vergeblichkeitsfalle. Sollte tatsächlich kommen, was momentan prognostiziert wird, dann dürfte Brechts Satz in Wuppertal auf gruselerregende Art und Weise wahr werden: „Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie hindurchging, der Wind!“ Oder wie es am Bratwurststand neben dem Bahnhof eine Frau in fast schon Berlinerischer Lakonie sagt: „Pina Bausch ist tot, die Schwebebahn fährt nicht mehr und jetzt hammse auch noch einen Pleitegeier ans Rathaus gehängt – na gib' mir mal noch'n Jägermeister.“

In einem Lied des lokalen Rappers Meelman heißt es: „In Wuppertal hält es heute keiner mehr aus.“ Auf YouTube kann man zu dem träg melancholischen Sprechgesang Bilder urbaner Depression sehen, ein Kinderwagen in der Wupper, Graffiti, ausgebrannte Industrieruinen, es sieht aus, als liege die Bronx im Bergischen Land. „Wuppertal verzeih mir, aber ich kann nicht mehr lange blei-

Sollen die Städte weiterkürzen? Oder ist das vorausseilender Spargehorsam und Selbstmord?

ben“, singt der junge Meelman. 417 000 Einwohner hatte die Stadt 1971. Heute sind es 350 000. Tendenz fallend. Es gibt immer noch wunderschöne Altbauviertel an den Hängen, aber die Abfall- und Wassergebühren sind höher als anderswo, die Arbeitslosenzahlen steigen und während das schuldenfreie Düsseldorf die Kindererziehungsgebühren erlässt, hebt SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de



„Pina Bausch ist tot, Schwebebahn fährt nicht mehr, na gib mir mal noch'n Jägermeister.“

veröffentlichten damals ein Sparkonzept, das heute in der Stadt nur unter den Begriffen Tränen- oder Horrorliste firmiert: Die Stadt hat 1,8 Milliarden Euro Schulden, bis 2014 will sie 216 Millionen Euro einsparen: Zwei Stadtteilbibliotheken, drei Frei- und zwei Hallenbäder werden geschlossen, Obdachlosenhilfe, Jugendarbeit und Drogenpräventionspolitik werden quasi abgeschafft, die freie Kulturszene verliert einen Großteil der Zuschüsse und das Schauspielhaus muss 2012 zumachen.

Das Motto, das diesem Sparpaket vorgelegt wurde, klingt für viele Wuppertaler nach Orwellschem Neusprech: „Sparen um zu gestalten.“ Wie kann man denn mit dem Baseballschläger gestalten, fragen sie, alles werde kurz und klein gehauen und die Stadt auf Raten zu-

geführt werden. Es erfordert 19 Schauspieler, es gibt aber nur noch deren 14. Die Stadt hat längst alles weggeschmolzen, was es einst an Wohlstandsfett gegeben haben mag: Der Opernchor wurde um die Hälfte auf 25 Mitglieder geschrumpft, die Schauspielerzahl vor Jahren schon reduziert, man teilt sich ein Haus und macht einen gemeinsamen Spielplan. Weshalb die Kürzung des Bühnenetats um zwei Millionen Euro das Ende des Theaters bedeuten würde. Der Düsseldorfer Regierungspäsident Jürgen Büsow schickte postwendend Glückwünsche für den „Mut der Stadt, das

Th
re
als
im
du
St
ne
rät
Ze
au
ko
tie
flä
er,
leg



Die Arbeitslosenzahlen steigen und während das schuldenfreie Düsseldorf die Kindergartengebühren erlässt, hebt Wuppertal in seiner Finanznot die Gebühren an. In der Kindergarteninitiative, in der Christian von Treskow seine Kinder hat, überlegen einige, ob sie in einen Düsseldorfer Kindergarten wechseln sollen.

Treskow wurde im vergangenen Sommer nach Wuppertal geholt, als Intendant des Sprechtheaters. Man versprach ihm damals eine neue Spielstätte mit 126 Plätzen. Kurz nach seiner Amtseinführung erfuhr er aus der Zeitung, dass sein Theater geschlossen werden soll. „Das war unglücklich“, sagt von Treskow in seiner vornehmen Art. Sein Kollege und Schicksalsgenosse, der Operntendant Johannes Weigand, lacht in das gemeinsame Büro hinein. „Unglücklich, ja, so kann man sagen.“

Der Stadtkämmerer Johannes Slawig und der Oberbürgermeister Peter Jung

uenn mit dem Basebanschnager gestalten, fragen sie, alles werde kurz und klein gehauen und die Stadt auf Raten zu Grabe getragen. Slawig hingegen sagt, dass nur mit einem solchen Paket überhaupt noch ein Rest an politischer Handlungsfähigkeit bleibe: Wuppertal droht entmündigt zu werden, ohne Haushaltssicherungskonzept wird das Land Nordrhein-Westfalen das Kommando übernehmen. Slawig wirkt nicht wie ein Totengräber, sondern wie ein distinguiert Herr mit Anflügen von milder Arroganz, er trägt Fliege und grauen Anzug, sagt, ihm bleibe in der Situation nichts übrig als weiterzusparen. Und kulturelle Leistungen seien nun mal freiwillige Zuwendungen. Sprich: Da kann man kürzen.

„Ich bin verliebt in meine zahnbröckelnde Stadt, wo brüchige Treppen so hoch aufsteigen, unvermittelt in süße Gärten“, schrieb Else Lasker-Schüler 1910. Ihr Stück „Die Wupper“ kann im Stadttheater lange schon nicht mehr auf-



Noch teilen sie sich ein Haus: Der Intendant Christian von Treskow (rechts), und der Operntendant Johannes Weigand.

Abgrund

Wuppertal hat den Wohlstandsspeck längst abgeschmolzen und spart sich nun zu Tode



Jägermeister“: Der Eingang zum Hauptbahnhof

Foto: Regina Schmeken

hau- | Theater zu schließen“. Büssow und ande-
 14. | re Landespolitiker tun immer wieder so,
 mol- | als säßen die Städte noch immer bräsig
 ;ege- | im bundesrepublikanischen Wohlstands-
 urde | dunst rum und wüssten nicht, was die
 ge- | Stunde geschlagen hat, dabei gibt es kei-
 1 | ne Idee, die von den verzweifelten Stadt-
 ein | räten und Kämmerern der Republik in
 men | Zeiten wegbrechender Gewerbesteuern
 Büh- | auf der einen und explodierender Sozial-
 ;En- | kosten auf der anderen Seite nicht disku-
 Der | tiert würde: Reduzierung von Spielplatz-
 rgen | flächen, Hundesteuer, Prostitutionssteuer,
 rück- | Kultursteuer, alles wurde schon über-
 das | legt, aber all das bringt am Ende doch

nur Peanuts. Die zwei Millionen Euro, die den Tod des Schauspielhauses bedeuten, machen 0,8 Prozent der Neuverschuldung aus. Von den 216 Millionen, die eingespart werden sollen, könnte man nicht mal die Zinsen zahlen, die für die 1,8 Milliarden Euro aufzubringen sind. „Das Sparkonzept nützt gar nichts, nicht mal im Moment“, sagt von Treskow. „Es zerstört nur viel, und das auf lange Zeit.“ Das stimmt: Was weg ist, kommt nicht wieder, man kann ein einmal geschlossenes Stadttheater nicht nach zwei Jahren wieder aus dem Hut zaubern.

Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski und Hamms OB Thomas Hunsteger-Petermann fordern hoch verschuldete Kommunen deshalb offen zu passivem Widerstand auf: Da es nichts bringe, die Gebühren immer wie-

man von Bund und Ländern Hilfe fordern: Slawig möchte einen Entschuldungsfonds, eine Art Bad Bank für Kommunen. Und er möchte, dass man über eine Aussetzung des Solidarpakts für Ostdeutschland diskutiert: „Die Beträge, die Wuppertal in den Osten überweist, werden rein über Schulden finanziert. Es geht uns heute schlechter als manchen ostdeutschen Städten.“

Das stimmt, in einigen Straßenzügen von Wuppertal könnte man heute Siebziger-Jahre-Tatorte drehen, ohne dass man irgend etwas verändern müsste, selbst die ausgewaschenen Farben der gelben Bundesstraßenschilder und die staubblinden Fenster mancher Häuser sehen vierzig Jahre alt aus. Aber der Mehltau, der so lange über der Stadt gelegen zu haben schien, ist momentan einer Art Verzweigungseuphorie gewichen: Der Protest am Stadttheater zaubert allen noch zwei Wochen danach ein Leuchten in die Augen. 24 Stunden lang wurde Theater und Musik gemacht, die ganze Stadt war auf den Beinen, von Treskow und Weigand öffneten die Bühne für alle Kulturschaffenden, deutschlandweit wurde über die Aktion berichtet. Nur der

Wir haben doch längst eine Zweiklassengesellschaft unter den deutschen Städten

Oberbürgermeister und sein Kämmerer sind nicht erschienen. Johannes Slawig, angesprochen auf den Protest, zuckt stumm die Achseln, als wolle er sagen, Kinderkram. Sein Entschluss steht fest, er will die Schließung.

Das Unheimliche ist, dass von Treskow und Slawig, die ja qua Position Gegner sind, oft dieselben Sätze sagen. Beide stellen den Solidarpakt in Frage; beide fordern einen Entschuldungsfonds; beide sagen, dass die Städte kaputtgespart werden. „Wir haben längst eine Zweiklassengesellschaft unter den Städten“, sagt Slawig. Wer hat, dem wird gegeben, wer aber nichts hat, dem wird genommen, und zwar alles: Als die Stadt im vergangenen Jahr einige runtergewohnte Viertel sanieren und dafür 200 000 Euro einsetzen wollte, wurde das von der Landesregierung verboten: Die klammen Kommunen dürfen nur noch für Bestandssicherung und Instandhaltung, nicht aber für Investitionen Gelder ausgeben. Dadurch aber gingen Wuppertal zwei Millionen verloren, die Bund und Länder zur Verfügung stellen wollten.

Jetzt muss Slawig die marode Stadt weiter kaputtsparen. Der Kämmerer sieht selber die Gefahr, die darin liegt: „Unser Bedeutungsverlust, die Tatsache, dass wir Lokalpolitiker nichts mehr selbst gestalten können, führt zu einem dramatischen Imageverlust des demokratischen Systems. Die Leute wollen sich in



s: Der Intendant des Schauspielhauses,
s), und der Intendant der Oper, Johannes
Foto: Regina Schmeken

verschuldete Kommunen deshalb offen zu passivem Widerstand auf: Da es nichts bringe, die Gebühren immer wieder zu erhöhen und die sozialen Leistungen noch weiter einzukürzen, sollten sich die Städte solchen Forderungen ab sofort widersetzen. In Wuppertal hört man denselben Vorschlag auch immer wieder. Von Treskow sagt, statt selbst ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, das alles plattmacht, solle die Stadt es auf den Nothaushalt ankommen lassen. Dann müsste die Düsseldorfer Bezirksregierung selber den Totengräber spielen, statt wie bisher nur den Wuppertalern zu sagen, wo die ihre Gräber ausheben sollen. Das momentane Verhalten sei doch „vorausseilender Spargehorsam“.

Slawig sagt, solch ein Verhalten wäre kommunalpolitischer Selbstmord. Erst müsse man dem Land und dem Bund zeigen, dass man selbst zu radikalen Schritten bereit sei. Sprich: Auch das letzte Tafelsilber muss raus. Dann aber müsse

München selbst gestalten können, führt zu einem dramatischen Imageverlust des demokratischen Systems. Die Leute wollen sich ja einbringen in ihren Kommunen, kriegen aber permanent nur gesagt: Geht nicht.“ Direkt danach sagt er dann einen dieser Sätze, die zeigen, wie weit entfernt von Treskow und er doch liegen. Bei den Einsparungen in der Kultur, so Slawig, müsse man „endlich verstärkt Gas geben“. Wenn er das tut, wird Wuppertal noch weiter zurückfallen im Wettbewerb, wie so etwas in der ökonomischen Logik heißt, zumindest kulturell könnte man der Stadt dann den Namen geben, den die Kommunisten 1929 vorschlugen, damals, als Barmen und Elberfeld zusammengelegt wurden: Hungerstadt.

Am 27. März, dem Welttheatertag, kommen aus ganz Deutschland Theaterkompagnien nach Wuppertal, um zur Rettung des Schauspiels beizutragen. Kurz darauf muss dann der Stadtrat über Slawigs Pläne befinden. ALEX RÜHLE